



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/16967, 17/18215

Nach Türkei-Referendum: Beitrittsverhandlungen beenden, Milliarden-Heranzahlungshilfen stoppen, Volksabstimmung zur Todesstrafe in Deutschland verhindern

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundes- und Europaebene
 - a) für einen schnellstmöglichen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und
 - b) für die Einstellung der mit bayerischem Steuergeld unterstützten Milliarden-Zahlungen der EU an die Türkei im Rahmen des Instruments für Heranzahlungshilfe (IPA II), die nicht zivilgesellschaftlichen Projekten dienen,einzusetzen,
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein mögliches Referendum über die Einführung der Todesstrafe in der Türkei nicht auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland abgehalten wird.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident